

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148  
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

### Der Allumstürzer in England

F.K. Vor Monaten wurde hier schon in Wort und Bild dargetan, daß fortan der Arbeitslose die Stunde beherrsche: unter seinem Drucke würde sich die wirtschaftliche und politische Grundlage der Staaten ändern, er werde Regierungen und Parteien in Trab halten, die einen stürzen, die andern spalten oder zerstäuben und Gedanken und Taten der Menschen nachhaltig beeinflussen. Kurz, der Arbeitslose werde der grimmige Allumstürzer und Neugestalter sein.

Die Richtigkeit dieser Erklärung hat in den letzten Wochen fast jeder Tag durchschlagend bewiesen. Hinter den Bankzusammenbrüchen, der Finanznot, den gewerblichen Bankrotten, den Notverordnungen, den Entschlüsselungen und Geschäftigkeiten der Regierungen, Parlamente, Diktaturen, Parteien und Gewerkschaften war die knochige Faust des Arbeitslosen zu spüren. Er beherrschte das ganze öffentliche Leben und das menschliche Tun und Denken; er wird es noch jahrelang beherrschen, und zwar so lange, bis ihm gerecht geworden ist.

Die Einfältigkeit ist noch immer nicht ausgestorben, daß man mit dem Arbeitslosen Schindluder treiben könne. Gewiß kann man ihn als nicht vorhanden betrachten, gewiß kann man ihn als einen unheilbar Überflüssigen behandeln, gewiß kann man ihm die Brotbissen stehlen und ihn in Fesseln legen wollen. Allein, lange geht das bestimmt nicht. Sein zermürbtes Gesicht grinst vor den Ministersesseln, grinst an den Tischen der Reichen, grinst in den Direktorenzimmern der Banken und Industrierwerke. Das Gesicht des Arbeitslosen grinst allerwärts unheilverkündend, und seine Faust schwebt drohend überall dort, wo man glaubt, seine Mahnungen und Forderungen überhören zu können. Die Einfältigen, die da meinen, den Arbeitslosen als Nichts behandeln zu können, wird er über kurz oder lang zur Vernunft bringen. Das wird kein Militär, keine Polizei, keine Notverordnung, kein Geschwätz zu verhindern vermögen. Der Arbeitslose ist auf die Dauer mächtiger als alles andere.

Diese Binsenwahrheit wird jetzt in England aufs neue bekräftigt. Kürzlich waren die britischen Arbeiterminister noch bei uns in Berlin. Hier wurden sie als die Vertreter der Regierung des mächtigsten Staates der Welt gefeiert und von ihnen wichtige Dienste für Deutschland und der Weltpolitik erwartet. Heute schon ist dieser mächtige Staat in einem Zustande, der sich von dem Deutschland vor zwei Jahren wenig unterscheidet, und die britische Regierung ist weggeft.

Der Umsturz in England hat sich wie über Nacht vollzogen. Die Arbeiterregierung hatte sich allen düsteren Prophezeiungen zum Trotz 27 Monate gehalten. Weder die Schlingen der Liberalen noch die Keulenschläge der Konservativen hatten das Kabinett Macdonalds zu besitzigen vermocht. Immer entschlüpfte es, wenn zuweilen auch sehr knapp, seinen Gegnern. Es wäre wohl auch noch länger am Ruder geblieben, wenn es sich nicht hätte einfallen lassen, mit den Arbeitslosen anzubinden. Dieses Unterfangen hat der Arbeiterregierung das Dasein gekostet.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit lasten auch schwer auf dem britischen Weltreich. Die Warenausfuhr ist mächtig zurückgegangen, starke Teile aller Gewerbe liegen still, die Zahl der Arbeitslosen ist allgemach auf 2,7 Millionen gestiegen. Die Folge dieser Krise machte sich immer stärker im Staatshaushalt bemerkbar. Die letzten Wochen hat es für den Schatzkanzler wiederholt schwarze Stunden gegeben, die nur durch Anleihen im Auslande etwas entdunkelt werden konnten. Die letzten Tage scheint die Finanznot des einstigen Bankiers der Welt katastrophale Formen angenommen zu haben, die die Regierung zum Handeln zwingen: die Lächer in der Staatskasse mußten verstopft werden, und das ohne Verzug. Das sollte geschehen durch die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, Kürzung der Beamtgehälter, Erhöhung von Steuern und schließlich durch Einführung eines Einfuhrzolls. Diese Vorschläge entfesselten einen lebhaften Widerstand in der Arbeiterregierung selbst und dann in den Gewerkschaften. Über die Einführung des Zolls und einiger Steuern wäre eine Verständigung vielleicht möglich gewesen, aber nicht über die Kürzung der Unterstützung der Arbeitslosen. Bei dieser Sache gab es für die große Mehrheit der Arbeiterminister und für die Gewerkschaften kein Nachgeben. Damit war die Regierung unheilbar gespalten und ihr Dasein bedroht: Der Arbeitslose hat sie gestürzt.

In sozialpolitischer und anderer Hinsicht müssen wir Gewerkschafter das Ende der Arbeiterregierung bedauern. Denn ihr ist es gutentwils zu verdanken, daß in der schweren Wirtschaftskrise die sozialpolitischen Einrichtungen Englands, besonders die Arbeitslosenunterstützung, nicht abgebaut und die Lohnquetscherei des Unternehmertums gehemmt wurde. Freilich, dem Urquell des vielgestaltigen Übels, der Arbeitslosigkeit, ist auch die Arbeiterregierung nicht mannhaft zuleibe gegangen. Zu einem großzügigen Programm, das nur ein sozialistisches sein kann, mit entsprechenden Taten, hat

sich die Arbeiterregierung nicht aufgeschwungen. Was Wunder, daß die Arbeitslosigkeit immer umfangreicher und ihr dies zum Verhängnis wurde.

Da der Finanzkrach zu unmittelbar drohte, um sich Zeit zu gönnen, wurde eine „nationale Regierung“ gebildet, der vier Arbeiterpartei, vier Konservative und zwei Liberale angehören. Diese Sammlung will nun gemeinsam vollbringen, was der Arbeiterregierung nicht möglich war. Was das sein wird, läßt sich leicht denken. Die neue Regierung beginnt mit Sparmaßnahmen. Darunter befinden sich nach dem „Daily Herald“ eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 10 vH, die Erhöhung des Wochenbeitrags von 7 Pence auf 1 Schilling, eine Gehaltskürzung der Lehrer, ein Abstrich von 156 Millionen M vom Straßenaufwands, Kürzung der Gehälter der Zivilbeamten um 20 vH, Kürzung des Soldes und der Gehälter in Armee und Marine, Einsparungen beim Landwirtschaftsministerium und Gesundheitsbehörde im Gesamtbetrag von 60 Millionen M, Kürzung der Gehälter der Minister und Abgeordneten.

Diese Maßnahmen können wohl der staatlichen Finanz einige Erleichterung bringen, aber nicht die Wirtschafts-

not beheben, andererseits werden sie die soziale Spannung sicherlich verschärfen. In kurzer Zeit wird die Prozedur abermals nötig sein. Wenn der Staat spart, können es die Unternehmer natürlich nicht lassen. Sie dürften bald mit Lohnkürzungen kommen, wobei sie auf die Unterstützung der „nationalen Regierung“ rechnen. Mit dem Kabinettwechsel ist die Beunruhigung keineswegs beendet, sondern sie wird erst eigentlich anheben.

Es ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß die über große Mehrheit der Arbeiterpartei oder der Gewerkschaften nicht den in der „nationalen Regierung“ verbliebenen Ministern folgt, sondern ihr in Opposition gegenübertritt. Es wird sogar die Befürchtung ausgesprochen, daß es zu einer Spaltung der Arbeiterpartei komme. Immerhin ist das eine gewiß, daß die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe nächstens auch in England eine Verallgemeinerung und Verschärfung erfahren werden. Die Regierung wird sich auf die Arbeiterschaft stürzen, ihr neue Lasten aufbürden, um das kapitalistische System zu retten; die Arbeiterschaft muß ihre Reihen fester schließen, um den Anschlag abzuwehren. Bei all diesen Kämpfen ist der Arbeitslose allgegenwärtig. Er wird noch mehr Finanzkrisen hervorrufen, noch mehr Kabinette stürzen, noch mehr Veränderungen an den Parteien, ihren Gedanken und Taten vornehmen. Er wird fortan die Stunde noch mehr beherrschen.

### Und das nennen sie „Selbsthilfe“

Der Simplizissimus hat wieder mal ein sehr treffendes Bild veröffentlicht. Auf seinem ärmlichen Bett liegt der todkranke deutsche Michel, blaß und abgemagert bis auf die Knochen, und als Ärzte gekleidet ziehen in langer Reihe die europäischen Staatsmänner vorbei, Macdonald, Briand und wie sie alle heißen, blicken mit besorgter Miene auf den Patienten herab, schütteln den Kopf und sagen: „Sie sind so schwer krank, daß Sie sich unbedingt nur selbst helfen können.“

Tatsächlich dies und nichts anderes ist es, was bei allen den vielen Konferenzen in Basel, Paris, London und letzte Woche abermals in Basel herausgekommen ist. Keinerlei neue Anleihe, mit Mühe und Not Stundung der jetzigen Schulden — auch nicht mal im vollen Umfang — auf sechs Monate, das heißt bis zum Februar, obgleich jeder weiß, daß die Zustände dann noch schlimmer sein werden. Hat doch sogar Brüning für den Winter sieben Millionen Arbeitslose prophezeit, und sind wir doch schon feste dabei, diese Staffel zu erklimmen, indem bereits im August, mitten in der besten Jahreszeit, die Arbeitslosenzahl wieder steigt, am 15. August schon über 4.100.000. Es ist die Methode des Fortwursteins; immer sich durchwinden, so gut, wie es eben geht, für den Augenblick ein bißchen Luft schaffen, obgleich dadurch der schließliche Zusammenbruch um vieles schrecklicher wird. Aber freilich, was sollen die armen Schächer machen! Es gibt nur eine Lösung, und die kann die kapitalistische Welt aus eigener Kraft wirklich nicht finden, das müssen schon die Arbeiter besorgen.

Inzwischen also wird Deutschland auf die „Selbsthilfe“ verwiesen. Und unsere tüchtigen Wirtschaftsführer sind schon drauf und dran. Aber das ist mal eine sonderbare „Selbsthilfe“, die sie teils schon durchführen, teils vorschlagen. Eine kleine Blütenlese aus den letzten Tagen sieht so aus: Lohnkürzung für die Gemeindearbeiter um 4 vH sofort — außerdem Aufhebung der Frauenzulage — und weitere Lohnkürzung nach dem 31. Oktober; Entlassung von 220 Junglehrern in Berlin; Ersparung von 325 Millionen M in den nächsten sieben Monaten an der Erwerbslosenfürsorge; überdies noch 85 Millionen in sechs Monaten an der Arbeitslosenversicherung; 400 Millionen aufzubringen durch eine neue Notabgabe aller Gehalts- und Lohnempfänger, die bisher keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet haben; in Hamburg Einstellung aller öffentlichen Arbeiten, namentlich der Bauten; außerdem Kündigung von 459 Lehrern, um sie entweder zu entlassen oder ihnen die Gehälter zu kürzen usw. Unsere Leser kennen das Bild. Immer und an allen Ecken und Enden Opfer, die man den Arbeitenden auferlegt. Und immer noch mehr, immer noch neue Opfer, gleichviel wie hoch sie schon waren.

In einer Berliner Lehrerversammlung ist auf Heller und Pfennig vorgerechnet worden, daß die Lehrer nach den jetzt angekündigten neuen Abzügen nur noch eben halb soviel kriegen wie früher. Was aber nicht hindern wird, daß sie in kurzer Zeit wieder zu neuer „Selbsthilfe“ aufgerufen und auch gezwungen werden. „Selbsthilfe“, das ist die Hilfe, zu der die Herren Wirtschaftsführer, die sie kommandieren, selbst nichts beitragen. Wir wollen gewiß uns und unseren Lesern nichts vormachen. Wir wissen und haben es selbst erst kürzlich zahlenmäßig dargetan, daß eine noch so kräftige Beschneidung der hohen Gehälter den Kohl auch nicht fettmachen, Deutschland auch nicht aus der Tinte herausreißen würde. Dennoch ist es empörend, daß die Bezücker der hohen Pensionen und hohen Gehälter nicht mindestens ebenso stark zur allgemeinen „Selbsthilfe“ herangezogen werden wie die Arbeitslosen. Gewiß, es kann Deutschland nicht

retten, wenn jährlich knapp 2 Millionen Abfindungen für 19 ehemalige Standesherren oder jährlich 23 Millionen M Pensionen für ehemals kaiserliche Minister, Generale usw. gestrichen werden. Doch immerhin könnten davon Tausende von arbeitslosen Familien sehr viel besser leben als jetzt. Desgleichen für die Gehälter der Oberbürgermeister usw. Im übrigen gilt die Einschränkung überhaupt nur für die Gehälter und Pensionen hoher Beamter, keineswegs aber für die riesigen Massen verschwendeten Kapitalprofits. Im Gegenteil, hier sitzt gerade der Kern unserer Schmerzen. Von den Millionen, die die eine Familie Lahusen sinnlos vergeudet hat, war wiederholt die Rede. Neuerdings hat in Berlin eine Damenmantelfabrik E. Rothe Pleite gemacht. Neben den Lahusens ein kleiner Pinscher. Und was stellte sich beim Konkurs heraus? Der eine Inhaber hat im Jahre 1928 108.300 M für sich verbraucht (ohne die Steuern, die kommen noch hinzu), 1929 79.400 M, 1930 65.400 M, 1931 in nur sieben Monaten 87.600 M; bei dem anderen Inhaber waren es im Jahr 77.400 M, 98.700 M usw. Sowa kommt immer nur heraus, wenn eine Firma Pleite macht. Wie mags nun erst bei denen aussehen, die nicht Pleite machen!

Wenn man diese Summen alle zusammenholt, wenn man diese Herrschaften zwingt, zur „Selbsthilfe“ beizutragen, und zwar nach ihren Kräften, dann würde die Summe schon weiter reichen.

Statt dessen geschieht das gerade Gegenteil. Am 22. August hat die Reichsregierung eine neue Notverordnung beschlossen und angekündigt, deren Tragweite ungeheuerlich ist. Sie soll die Landesregierungen ermächtigen, abermals „einschneidende Sparmaßnahmen durchzuführen“, ohne sich dabei um die Landesgesetze zu kümmern! Und zwar soll das so schnell geschehen, daß die neuen Abzüge schon am 1. Oktober vollzogen werden können.

Es hat keinen Zweck, darüber zu reden, ob die Reichsregierung zu solcher Verordnung überhaupt berechtigt ist. Darum wird sich ja doch niemand kümmern. Das Schicksal nimmt rasend schnell seinen Lauf, noch schneller, als wir dies je gedacht haben. Der Kapitalismus kann aus seiner Haut nicht heraus. Er bleibt bei der Sorte „Selbsthilfe“, die immer neue und immer neue Lasten allein auf die Arbeitenden wälzt. Jetzt bescheinigt er bereits selbst, daß er dabei auch auf bestehende Gesetze keine Rücksicht nehmen kann. Was soll er anders tun, wenn er sich nicht selbst aufgeben will? Auf die Dauer kann er sich auch damit nicht retten. Wieviel will er denn zum Beispiel den Lehrern noch abziehen, denen er seit ein bis zwei Jahren schon die Hälfte weggenommen hat? Er saust auf diese Weise noch furchtbarer in den Abgrund. Das schlimmste ist nur: je länger diese grauenhafte Rutschbahn sich hinzieht, desto größer der Scherbenhaufen, den der sterbende Kapitalismus anrichtet und den wir Sozialisten hinterher werden ausräumen müssen.

#### Aus dem Inhalt

	Seite
Der Allumstürzer in England — Und das nennen sie „Selbsthilfe“	265
Kommunistische Wühlarbeit — Wem zahlt Deutschland Tribute? — Die Klage Nordwest gegen DMV	266
Die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder	267
Eine Kluft droht — Von der Volksfürsorge — Schriftenschau	268
Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund — Was bringt die Funk-Ausstellung	269
Die Textilarbeiter-Internationale — Der Amerikanische Gewerkschaftsbund für „Reparations-Ferien“ — Anzeigen	270

# Die Schuld der Kapitalistenklasse

Die kapitalistische Presse ist gefüllt mit der Behauptung, an der furchtbaren Wirtschaftskrise sei der Krieg und der Versailler Vertrag schuld. Mit dieser Behauptung will die Presse ihre Brotgeber reinwaschen von der blutigen Schuld an dem grauenhaften Elend, das jetzt die Menschheit heimsucht. Gewiß haben Krieg und Versailler Vertrag in hohem Maße zu der beispiellosen Krise beigetragen. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Frage ist nun: Wer hat den Krieg entfesselt und durch seine Raubgier den wirtschaftlichen wie politischen Wahnsinn des Versailler Vertrages verschuldet? Die Suche nach einer zutreffenden Antwort sucht die kapitalistische Presse durch eine breit angelegte Windbeutelerei, genannt die Kriegsschuld-lüge, zu vernebeln. Ein mit gesundem Sinnen halbwegs ausgestatteter Mensch hat längst den Zweck dieser Windmacherei erkannt. Leider gibt es immer noch zahlreiche Haufen von geistig Schwachbegabten, die sich durch die Windbeutelerei dumm machen lassen.

An dem Kriege ist die gesamte Kapitalistenklasse schuld, und daß der Versailler Vertrag so wahnwitzig ausgefallen ist, ist der Sippe von Deutschen zuzuschreiben, die die halbe Welt eroberten, Belgien und die französischen Erzgebirge klauen wollten, und der der Krieg nicht lange genug dauern konnte. Das ist die Wahrheit, auch wenn sie von den Portfeuilletonisten der Kapitalistenklasse, man weiß warum, noch so kreischend bestritten wird.

Der Krieg war und ist für die Kapitalistenklasse ein Geschäft. Durch ihn will sie ihren Profit erhöhen. Damit dieses Geschäft auch wirklich und möglichst gut gelingt, läßt jede Kapitalistenklasse lügen, jenseits der Grenze sei der Rachedurst stark, dadurch sei das Vaterland in Gefahr und der heimische Herd bedroht. Wer das Schwindelgeschäft aufzudecken versucht, der wird kurzerhand in die Reihe der Landesverräter gestellt.

Die Binsenwahrheit, daß der Krieg ein Geschäft für die Kapitalistenklasse ist, ist auch einem Unternehmer-Syndikus, Otto Kitzinger, gedämmert. In der Textil-Zeitung vom 19. August schreibt er:

„Der Kapitalismus hat im letzten Jahrhundert eine Ausdehnung der Produktion gebracht, die immer neue Absatzgebiete suchen muß. Das Niedrighalten der Löhne in den heimischen Produktionsgebieten auf der ganzen Welt drängte zum Export, zur Kolonisation, führte zu Reibungen der Industrieländer und ließ in den kapitalistischen Mächten, die die Vorkriegspolitik beherrschten, den Gedanken aufkeimen, durch Gewalt, d. h. durch Krieg, die eigenen Kolonien und den eigenen Export zu schützen, und darüber hinaus durch Zerstörung fremder Wirtschaften sich deren Märkte anzueignen. Man sah im Krieg ein Geschäft. Ein Geschäft ist aber nach den unabwendbaren Gesetzen, die dem Kapital nun einmal innewohnen, nur dann vorhanden, wenn sich das investierte Kapital gut verzinst und darüber hinaus noch eine erhebliche Amortisationsquote zur Reproduktion des Kapitals abwirft.“

Der Herr Syndikus bestätigt nur, was längst Gemeingut aller Denkfähigen ist: Die kapitalistischen Mächte zettelten den Krieg an, um ihren Export zu schützen, fremde Wirtschaften zu zerstören und deren Absatzmärkte zu ergattern. Dieser Versuch, Geschäft und Gewinn zu machen, ist in der Folge umgeschlagen in eine Wirtschaftskrise sondergleichen. Das Elend, das sie geboren, und die Todesgefahr, die sie für den Kapitalismus und seine Genießer bedeutet, ist auf das Konto der Kriegsherren zu setzen. Dagegen kann die kapitalistische Presse zwar geifern, den Tatbestand aber vermag sie nicht zu verwechseln.

# Wem zahlt Deutschland Tribute?

Vor einigen Monaten ist ein Buch von Rudolf Keller, dem Herausgeber des Prager Tageblatts, über „Deutschland und Frankreich“ bei Piper & Co. in München (Preis 1,50 M) erschienen. Nachdem der geschichtliche Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland behandelt wurde, wird die Frage der Tributzahlung dargelegt. Es heißt da:

„Wem eigentlich zahlt Deutschland Tribute? Zunächst in Form höherer Inlandspreise den großen deutschen Kartellen. Die Preiszesse der deutschen Kartelle sind ein schwerer Nachteil für das ausgeplünderte deutsche Volk. Das heutige Deutschland ist, wie S. Sanger sagt, ein wohl reguliertes Armenhaus. Ein solches Land kann nicht neben einem untragbaren Tribut aus Ausland noch höhere Preise für fast alle Artikel zahlen als die konkurrierenden Auslandsstaaten, die ja ebenfalls Kartelle besitzen. 1990 Millionen Mark Young-Plan-Raten und 1700 Millionen Mark Überpreise sind zu viel.“

Es ist sehr schwer, dem vernünftigsten und ruhigsten Bürger des Reichs zu erklären, daß er sich in einer nahezu vollständigen Interessensolidarität mit dem französischen Bürger und Arbeiter befindet, da ja die phantastischen Beträge nicht an Frankreich selbst gezahlt werden, sondern nur eine Sekunde lang dem Franzosen, wie in einem Film, gezeigt werden, um dann nach Amerika und in die Hände der europäischen Großfinanziers zu verschwinden, unter denen sich auch viele Deutsche befinden.

„In Wirklichkeit kann Deutschland kaum auf eine Herabsetzung des „Tributs“ an das Ausland rechnen, wenn es nicht vorher seinen Tribut an seine einheimischen Volksfeinde herabsetzt.“

„Deutschland hat folgende Kriegsschuldungen vor sich: 1. Die bekannten Youngraten, rund 2 Milliarden jährlich; 2. den Tribut an die Kartelle, deren Nutznießer vielfach die internationale Hochfinanz ist, rund 1 1/2 Milliarden jährlich; 3. den Inflationsverlust; 4. die eigenen zu hohen Löhne (soll heißen die Gehälter der Zehntausendmänner der Industrie usw.); 5. die fortwährend durch Zölle erhöhten Brot-, Fleisch- und Milchpreise; (Die Überpreise der städtischen Bevölkerung an die Landwirte schätzt Prof. Oppenheimer auf rund 2 Milliarden Mark im Jahr.) 6. es kommen hinzu Milliarden von Schuldzinsen an das Ausland, herrührend vom Wiederaufbau und von den großen Daweszahlungen, die durch Anleihen im Ausland aufgebracht werden mußten.“

„Der Reisende, der nach Berlin kommt, bekommt nur ein Zehntausendstel der deutschen Bevölkerung zu Gesicht. Ein besseres Abbild der deutschen Not findet man in den kleinen Fabrikkorten mit stillstehenden Betrieben, in den volkreichen Vororten der Großstädte. Der Reisende blickt an einer der großen Bahnhöfen nur einen Blick in die Holzklasse der Lokalbüge zu werfen und die Gesichter der arbeitenden Frauen zu betrachten. Auf diesen Holzbanken sitzen Dutzende von Frauen der mittleren und niederen Stände, fast alle mit kummervollen Gesichtern, abgebrannt, verärgert, mit allerhand wertlosen Zeug besetzt, das sie wie einen Schatz hüten. Die Rücken der Frauen, von Drußig angefaßt, sind gebeugt wie unter einer unsichtbaren Last von Sorgen, die sie keinen Augenblick verlassen. In diesen Lokalbügen sitzt das Volk, dem man alles genommen hat, was es besaß, und dem man seit sechs Jahren von außen und von innen Leistungen abgepreßt hat, wie sie noch niemals einem Volk auferlegt worden sind, als Strafe für das Vertrauen, das es vor sechs Jahren einem Halbduzende unbedeutender und leichtfertiger Minister und Generale und ihrer industriellen Einbläsern geschenkt hat.“

# Kommunistische Wühlarbeit

## „Dem Proletariat den Dolchstoß versetzen“

Das Ausbeutertum macht verzweifelte Anstrengungen, die Lage der Arbeiter auf Kulitiefe herabzudrücken. Was es durch Unfähigkeit, Profitgier und Geldverpflüchtung an der Wirtschaft gesündigt hat, sollen die Arbeiter büßen. Daher der ständige Angriff auf Löhne, Tarifrecht und Sozialversicherung. Das millionenköpfige Heer der Menschen, die nach Beschäftigung und Verdienst schreien, kommt dem Bestreben des Ausbeutertums vorzüglich zustatten. Zum Glück für die Arbeiterschaft haben sich die Gewerkschaften zahlenmäßig und stimmungsgemäß gut gehalten, besser als es die furchtbare Wirtschaftskrise annehmen ließ. Gewiß vermögen die Gewerkschaften jetzt nicht wie in günstigen Zeiten positive Erfolge zu erringen, aber sie sind, wofür genug Beweise vorliegen, wohl imstande, die Gier des Ausbeutertums fühlbar zu hemmen. Das wissen die Unternehmer, darum hassen und verfolgen sie die Gewerkschaften; das wissen die Arbeiter, darum halten sie zu den Gewerkschaften und stärken sie.

Um die Gewerkschaften kleinzukriegen, haben es sich die Unternehmer eine dicke Stange Gold kosten lassen. Sie haben Gelbe gezüchtet, Werkvereine aufgepöppelt, Hirnverkleisterungen wie das Dinta eingerichtet, leichte Wohltäterei und schwere Todtschlägerei bezahlt. Alle diese Ausgaben und noch mehr hoffen die Unternehmer aus den Taschen der Arbeiter decken zu können, wenn erst einmal die Gewerkschaften unterwühlt und geschwächt sind. Das ist ihnen jedoch nicht gelungen. Man wird daher verstehen, daß im ganzen Unternehmerlager helle Freude über die gewerkschaftsfeindliche Wühlarbeit der kommunistischen Partei herrscht. Was die Unternehmer selbst gegen die Gewerkschaften unternehmen, müssen sie bezahlen, die Hilfe der KPD kriegen sie umsonst.

Man weiß, wie sehr jüngst beim Volksentscheid die reaktionäre Presse über die kommunistische Unterstützung jubelte: Mit dieser Unterstützung müsse der Volksentscheid gelingen — dann endlich werde man Hungerlöhne, den Zwölfstundentag, 20 Pf. Stundenlohn, die Arbeitsdienstpflicht und die Zwangsarbeit in den Fabriken einführen. Um diese lieblichen Ziele gings im Grunde beim Volksentscheid; auf die Förderung dieser Ziele lief im Grunde die kommunistische Beteiligung am Volksentscheid hinaus.

Die Sache ging glücklicherweise schief. Die Reaktion muß andere Dinge gegen die Arbeiterschaft drehen. Die Kommunistische Partei tut das ebenfalls. Das Unternehmertum macht erneut kräftig im Lohnabbau; die KPD in der Zerstörung der Gewerkschaften. Das Zentralkomitee der KPD hat beschlossen, durch „Massenaustritt und Beitragssperre“ gegen die Gewerkschaften vorzugehen. In dem Beschluß heißt es:

„Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADGB, die als bezahlte Unternehmeragenten (!) immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbau-Gewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederflucht, 500 000 Anhänger haben den ADGB im letzten Jahr verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstützungszahlungen an Verbandsmitglieder werden um 30 vH und mehr abgebaut, Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragssperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Übertritt in die RGO gesteigert werden.“

# Die Klage Nordwest gegen DMV

In Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung berichteten wir über die Klage des Arbeitgeberverbandes Nordwest gegen den DMV und die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband auf Grund einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts erhobene Widerklage. Am 20. August verkündete das Arbeitsgericht Berlin sein Urteil in diesem Prozeß. Es gab der Klage statt und verurteilte den DMV zur Zahlung von 7000 M an den Arbeitgeberverband Nordwest. Die vom DMV erhobene Widerklage wurde abgewiesen.

Wir müssen uns vorbehalten, auf dieses Urteil näher einzugehen, wenn seine schriftliche Begründung vorliegt. Die bei der Urteilsverkündung gegebene mündliche Begründung gestattet eine eingehende Stellungnahme nicht. Danach ist das Arbeitsgericht in seinem Urteil zu der gegen den DMV erhobenen Klage von der Stellungnahme ausgegangen, die es bereits in seinen Beweisbeschlüssen eingenommen hat, ohne die inzwischen ergangene reichsarbeitsgerichtliche Entscheidung zu beachten. Aus letzterem soll dem Berliner Arbeitsgericht kein Vorwurf gemacht werden. Die Gerichte sind in ihrer Entscheidung durchaus nicht gezwungen, höchststrichliche Entscheidungen sich zu eigen zu machen, sondern es ist ihre Aufgabe, nach der Erkenntnis dessen, was sie für richtig halten, zu entscheiden. In einem Prozeß wie diesem aber von der Erkenntnis des höchsten Gerichts abzuweichen, bedeutet, daß das Urteil zum mindesten in seiner Begründung nicht endgültig ist.

Das Arbeitsgericht nimmt an, daß der DMV berechtigt gewesen sei, seine Mitglieder zu unterstützen. Er hätte jedoch über die ansprechende Firma keine Sperre verhängen dürfen. Für den durch diese Sperre verursachten Schaden sei der DMV ersatzpflichtig. Die Beweisnahme habe ergeben, daß dieser Schaden in Höhe der Klageforderung von 7000 M entstanden sei.

Bezüglich der Widerklage sei zwar nach dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts eine objektive Tarifwidrigkeit gegeben. Diese Tarifwidrigkeit sei aber nicht schuldhaft, da der Arbeitgeberverband Nordwest mit der jetzt vom Reichsarbeitsgericht gegebenen Tarifansetzung nicht zu rechnen brauchte. Selbst wenn man aber annehmen wollte, Nordwest habe schuldhafterweise tarifwidrig gehandelt, so liege ein Mitverschulden des DMV vor. Dieses Mitverschulden sei darin zu erblicken, daß er Nordwest nicht auf die Tarifansetzung aufmerksam gemacht habe und dieses Mitverschulden schließe eine Schadenersatzpflicht von Nordwest aus.

Man wird, wie gesagt, zunächst die schriftliche Urteilsausfertigung abwarten müssen, ehe zu den einzelnen Ausführungen der Urteilsbegründung Stellung genommen werden kann. Die Abweisung der Widerklage scheint bis jetzt der schwächste Punkt der ganzen Urteilsbegründung zu sein. Der Vorstand des DMV hat beschlossen, gegen dieses Urteil Berufung einzulegen. Das Landesarbeitsgericht wird sich also noch einmal mit dem ganzen Streit zu beschäftigen haben. Sehr wahrscheinlich dürfte auch das Reichsarbeitsgericht noch dazu kommen.

Die Führer des ADGB gegen diese dreckigen Anwürfe in Schutz zu nehmen, ist ganz unnötig. Was es von den Kommunisten behaupteten schweren Klagen des ADGB und der Mitgliederflucht auf sich hat, kann man an anderer Stelle dieser Nummer nachlesen.

KPD braucht solche Entstellungen, um ihren Mangel an Hoffnung zu machen, denn die bedürfnis nach der Volksentscheid-Pleite gar sehr der Ermunterung. Nach „Koten Fahne“ vom 26. August soll die „deutsche Gewerkschaftsbürokratie nicht weniger als 30 000 klassenbewußte Funktionäre und Mitglieder aus den ADGB-Veränden hinausgeworfen haben“, weil sie „gegen die Verwandlung der Gewerkschaften in Organisationen des Streikbruchs und Lohnraubs gekämpft“ hätten. 10 000 Mitglieder ausgeschlossen worden sein, weil es gewagt hätten, oppositionelle Leitungen zu wählen. Das Geschichtchen vom DMV ist zu schnurrig, als man etwas dagegen sagen dürfte. Wir wollen es ungetastet lassen, damit der Gefolgschaft der KPD ein bauungsstückchen erhalten bleibt.

Nichts anderes als ein Märchen sind die 30 000 Ausschlüsse von „klassenbewußten Funktionären und Mitgliedern“ aus den ADGB-Veränden. Daß es glatte Schwindel ist, können die kommunistischen Arbeiter selbst leicht nachprüfen: sie mögen sich nur einmal an der Mitgliedschaft der RGO, die doch sicherlich alle Ausgeschlossenen aus den ADGB-Veränden gesammelt hat, erkundigen. Oder noch einfacher: man braucht nur zu verlangen, daß die RGO ihre Mitgliederzahlen nach Berufen und Orten gesichtet, veröffentlicht. Das wird den Schwindel noch offener machen. Daher wird sich die Leitung der RGO schwer hüten, ihre Mitgliederzahlen bekanntzugeben. Die „gewaltige Organisation des klassenbewußten Proletariats“ will nun einmal nicht ihre „Stärke“ zeigen. Sie weiß warum.

Eben weil all der Tamtam der KPD mit ihrer RGO zu nichts Positivem geführt hat, wird der neue „Massenangriff auf die freien Gewerkschaften“ in Szene gesetzt. Allerdings wird auch dieser Krampf der KPD nichts einbringen. Es hieße an der Vernunft der deutschen Arbeiter zweifeln, wenn man annehmen wollte, sie würden den Volksentscheid-Verbündeten der Kommunisten auf den Leim kriechen. Die Arbeiter hätten es mit ihren Lohnroschen zu büßen.

So wenig wir glauben, daß der neue „Massenangriff auf die freien Gewerkschaften“ irgendeinen Erfolg haben wird, eine Scheußlichkeit gegen die Arbeiterschaft bleibt der kommunistische Beschluß doch. Es spricht aus ihm ein fanatischer Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft und er bedeutet eine Belebung der Hoffnung der schlimmsten Arbeiterfeinde. Diese können sich, wie beim Volksentscheid, die Hände vor Freude reiben über den neuen Hilfsdienst, den ihnen die KPD unentgeltlich leistet. Das Tageblatt der kommunistisch-oppositionellen Brandler-Gruppe hat diesmal bestimmt Recht, wenn es schreibt:

„Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Überhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu zerschlagen — zur „Beitragssperre“ und „Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß zu versetzen.“

# Steigerung der Arbeitslosenzahl

In der Zeit vom 15. Juli bis 15. August hat die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 148 000 zugenommen. Mitte August waren 4 194 000 Arbeitslose vorhanden. Die nicht geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit ist nach dem Bericht der Reichsanstalt zum Teil auf die Auswirkungen der Kreditkrisis zurückzuführen. Das Einbringen der Ernte hat eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes nicht zur Folge gehabt. Die Reichsanstalt stellt fest, daß die Arbeitsmarktlage in der Landwirtschaft durch eine starke Verwendung von Maschinen und durch das unmittelbare Angebot wandernder Arbeiter gekennzeichnet sei. Eine Besserung ist fast in keinem Berufsgebiet zu erblicken. Die Aussichten sind also trübe. Das Anwachsen der Arbeitslosenziffer um 150 000 in einem Monat im Hochsommer läßt die Schwierigkeiten der Wirtschaft sehr deutlich erkennen.

# Hosenstrammzieher gegen Arbeitslosennot

Der als Dokumentenfälscher entlarvte Herausgeber der „Fridericus“, F. C. Holtz, hat in einer ganz ungehörigen Form die Arbeiterjugend heruntergerissen. Ohne Einsicht und Verständnis für die Lage unserer arbeitslosen Jugendlichen pöbelte er sie an als „Lümmel, Mob und Straßendiebe“, denen man die „Hosen strammziehen“ und „empfindlich klarmachen“ müsse, daß sie zum Arbeiten da sind. Es sei Pflicht des Staates, „Lümmelhaftigkeit und alles, was mit der Erwerbslosigkeit zusammenhängt, mit Stumpf und Stiel auszurotten“. Die Mehrzahl der Verbrecher seien Jugendliche, „sie haben ehrliche Arbeit niemals gekannt, sondern sich nur deswegen erwerbslos gemeldet, weil sie auf diese Weise einmal Geld bekommen, das sie nicht zu stehlen brauchen“.

Herr Holtz, der diese vollendete Geschmacklosigkeit schreibt, scheint Tag und Nacht den Zeitpunkt herbeizuschnehen, wo der Krückstock des Fridericus Rex wieder für „Ordnung“ sorgt. Der Krückstock, den Herr Holtz und seinesgleichen gegen die Proletarierjugend gebrauchen wollen. Wie wäre es, wenn Herr Holtz gewissermaßen zum Training den Hitlerjünglingen für ihre Rowdytaten öfter mal die Hosen strammziehen würde. Oder sind das nationale Taten?

Herr Holtz und sein „Fridericus“ waren die Bundesgenossen der Kommunisten im Kampf gegen Preußen. Junge Arbeiter und Arbeiterinnen und Lehrlinge, vergebte diese Schande eine Auarbeiterpartei nicht, die Arm in Arm geht mit Leuten, die für euch die Prügelstrafe herbeischnen. Erfreulich ist, daß die Arbeiterschaft reif geworden ist und der faschistisch-kommunistischen Reaktion bei dem preußischen Volksentscheid einen gehörigen Dankzettel verabreicht hat.



# Familie und Heim



## Die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder

Das uneheliche Kind hat im Verhältnis zur Mutter und zu deren Verwandten die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Es gilt jedoch nicht als Verwandter des Vaters. Die Folge ist, daß es den Vater nicht beerbt. Es erhält den Familiennamen der Mutter. Verheiratet sich die Mutter, so behält das Kind den Familiennamen der Mutter, den diese vor der Eheschließung trug. Der Ehemann der Mutter kann jedoch durch Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde dem Kinde mit Einwilligung des Kindes und der Mutter seinen Namen erteilen. Der Mutter steht nicht die elterliche Gewalt über das uneheliche Kind zu. Sie hat das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen; zur Vertretung des Kindes ist sie nicht berechtigt. Der Vormund des Kindes hat, soweit der Mutter die Sorge zusteht, die rechtliche Stellung eines Beistandes.

Der Vater des Kindes ist verpflichtet, dem Kinde bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt zu gewähren. Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf sowie die Kosten der Erziehung und der Vorbereitung zu einem Berufe. Ist das Kind zur Zeit der Vollendung des 16. Lebensjahres in Folge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu unterhalten, so hat ihm der Vater auch über diese Zeit hinaus Unterhalt zu gewähren. Der Vater ist vor der Mutter und dem mütterlichen Verwandten des Kindes unterhaltspflichtig. Der Unterhalt ist durch Entrichtung einer Geldrente zu gewähren. Die Rente ist für drei Monate vorauszahlen.

Der Unterhalt kann auch für die Vergangenheit verlangt werden. Der Anspruch auf Unterhalt erlischt nicht mit dem Tode des Vaters und steht dem Kinde auch dann zu, wenn der Vater vor der Geburt des Kindes gestorben ist. Der Erbe des Vaters ist berechtigt, das Kind mit dem Betrage abzufinden, der dem Kinde als Pflichtteil gebühren würde, wenn es ehelich wäre. Der Vater ist verpflichtet, der Mutter die Kosten der Entbindung sowie die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung und, falls infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu ersetzen. Der Anspruch verjährt in vier Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf von sechs Wochen nach der Geburt des Kindes. Aber schon vor der Geburt des Kindes kann auf Antrag der Mutter durch einstweilige Verfügung angeordnet werden, daß der Vater den für die ersten drei Monate dem Kinde zu gewährenden Unterhalt alsbald nach der Geburt des Kindes an die Mutter oder an den Vormund zu zahlen und den erforderlichen Betrag angemessene Zeit vor der Geburt zu hinterlegen hat.

Als der Vater des unehelichen Kindes gilt, wer der Mutter innerhalb der Empfängniszeit beigeohnt hat, es sei denn, daß auch ein anderer ihr innerhalb dieser Zeit beigeohnt hat. Als Empfängniszeit gilt die Zeit von dem 121. bis zu dem 302. Tage vor dem Tage der Geburt des Kindes. Ein uneheliches Kind erlangt dadurch, daß sich der Vater mit der Mutter verheiratet, mit der Eheschließung die Stellung eines ehelichen Kindes. Ferner kann das uneheliche Kind auf Antrag seines Vaters durch eine Verfügung der Staatsgewalt für ehelich erklärt werden. Dazu ist die Einwilligung des Kindes und, wenn das Kind nicht das 21. Lebensjahr vollendet hat, die der Mutter erforderlich. Ist der Vater verheiratet, so bedarf er auch der Einwilligung seiner Frau.

Endlich kann derjenige, der keine ehelichen Abkömmlinge hat, mit Einwilligung der Kindesmutter sein uneheliches Kind an Kindes Statt annehmen, solange dieses noch nicht volljährig ist. Ist das Kind volljährig, so genügt seine Einwilligung. Der Annehmende muß das 50. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 18 Jahre älter sein als das Kind. Von der letzteren Voraussetzung kann Befreiung bewilligt werden, von der Vollendung des 50. Lebensjahres nur, wenn der Annehmende volljährig ist. Wer verheiratet ist, kann nur mit Einwilligung seines Ehegatten an Kindes Statt annehmen oder angenommen werden. Der Adoptivvertrag bedarf der Bestätigung durch das zuständige Gericht.

## Bete und arbeite

Es gibt, wie alle Welt weiß, Bienen, es gibt Hummeln, und es gibt Wespen. Diese drei Arten sind sich nahe verwandt, aber jede hat ihre eigene und besondere Lebensweise.

Die Biene ist die fleißigste unter den dreien. Sie gönnt sich keinen Augenblick Ruhe, arbeitet den ganzen Tag und liefert emsig das Wachs und den Honig, der ihr dann von anderen Leuten weggenommen wird.

Die Wespe baut ja zwar auch ihre Häuser, aber sie betreibt alles viel nachlässiger und lebt lieber vom Raub. Denn sie ist ein Kavalier, immer elegant angezogen, geschnürt und mit gelben Aufschlägen. Wie ein Ulanenleutnant.

Und was die Hummel anbelangt, so ist sie der Lebenskünstler. Sie geht singend durch den Tag, von Blume zu Blume, wie es sich gerade trifft, und ohne Programm; sie arbeitet nie etwas und lebt doch herrlich.

Schön. Dies ist alles bekannt, und ich sage nichts Neues. Aber da ist nun ein amerikanischer Zoologe auf den Einfall gekommen, die geistigen Fähigkeiten dieser drei Arten zu erforschen. Indem er ihr Gehirn ausmaß und abwog, ihr Aufnahmevermögen verglich und dergleichen.

Das Ergebnis war dieses: die intelligenteste von den dreien ist die Hummel, die niemals arbeitet. An zweiter Stelle kommt die Wespe. Aber auf der allerletztsten geistigen Stufe steht die fleißige Biene, sie hat fast gar kein Gehirn. Die Biene ist ein Ochse, um es mit einem Wort zu sagen.

Und nun bleibt nur noch zu untersuchen, wie das gekommen ist und wie das alles zusammenhängt. Arbeitet die Biene, weil sie dumm ist? Oder ist sie von der vielen Arbeit dumm geworden?

Aber, um des Himmels willen, liebe, hoffnungsvolle, junge Leute, die ihr dies lest, hütet euch, daraus Schlüsse auf menschliche Verhältnisse ziehen zu wollen. Für den Menschen gilt das heilige Grundgesetz, daß er auf diese Welt gekommen ist, um den ganzen Tag vom Morgen bis zum Abend zu arbeiten; um für seine Kinder zu sorgen, die dann ihrerseits für ihre Kinder ebenfalls jeden Tag von morgens bis abends zu arbeiten haben werden.

Sollte uns einmal ein Zweifel kommen, sollten wir bemerken, daß dieses Gesetz eigentlich Schwindel ist, so brähe die gesamte soziale Ordnung zusammen.

Und nicht wahr, es wäre doch jammerschade um diese gesamte soziale Ordnung?

Victor Auburtin.

## Wiener Kreditanstalt

Maxel geht in Wien über die Straße. Vor einem großen Haus bleibt er stehen, an dessen Front er erstaunt hinaufschaut, denn die Fenster sind mit großen Eisenstäben vergittert.

Maxel sagt sich: „Ein feines Gefängnis! Der Seitz, der Wiener Bürgermeister, ist doch ein Staatskerl! So feine Gefängnisse zu bauen! Das hab ich nicht gewußt, daß die Wiener Wohnkultur sich auch schon auf die Gefängnisse ausgedehnt hat!“

Da las Maxel über dem großen Portal des Riesenbaues: „Wiener Kreditanstalt.“

Also eine Bank!

Den liebenswürdigen Wachmann auf der Straße fragte Maxel: „Sagen Sie, bittschön, Herr Wachmann, warum hat die Bank da vergitterte Fenster?“

„Bittschön“, entgegnete dieser mit zwinkerndem Lächeln: „Damit sich die Herren Direktoren so nach und nach daran gewöhnen!“

## Der Hund

Anton hat Angst. Vor dem Nachbarn. Anton kauft sich einen Hund. Der Hund ist ein Kiesenkerl, ein Mordsvieh. Anton zerrt den Hund beruhigt nach Hause.

In der nächsten Nacht wird bei Anton eingebrochen. Der Hund rührt sich nicht. Der Hund schläft. Wütend marschiert Anton zum Hundehändler. Erzählt den Fall.

Sagt der Hundehändler: „Das ist nicht so schlimm. Sie brauchen nur eins: Kaufen Sie sich einen kleinen Hund, der den großen aufweckt!“

# Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXII.

Seltam, wie sie es erfuhren! Aber nicht auszulöschen. Drei Tage nur nach Marias Heimkehr weiß das ganze Haus, wissen es die Häuser, in denen Marie die zwei Aufwartungen versorgt, wissen Trude und Gerd und die alte Dienstgeberin.

Marie verliert die Aufwartestellen: „Ihr Mann ist ein Dieb! Ist im Gefängnis! Man spricht schon im ganzen Haus darüber! Sie müssen das begreifen: Er und Sie sind eins! Wir können Sie nicht behalten! Verstehen Sie?“

Marie versteht das zwar nicht. Aber sie nickt ohne Widerrede und geht schweigsam.

Trude ist menschlicher. Es gelingt ihr, Gerd zu überzeugen. Der tritt für Marie ein. Die Büroreinigung ist gerettet. Auch die alte Dienstgeberin steht auf Marias Seite, verspricht, sich zu bemühen, neue Stellen ihr zu vermitteln.

Aber das Haus! Das ist furchtbar! Die Nachbarn trösten mit einem peinigen Lächeln, mit giftiger Süße. Sie haben ja alles längst schon kommen sehen, sie können nicht verstehen, daß Marie usw.!

„Sie waren zu gut, viel zu gut, Frau Baltrusch! Und der Mann ist eine Kanaille, verstehne!“

Marie versteht zwar auch das nicht, doch sie nickt zu allem widerspruchslos und schweigsam.

Marie ist auf Suche, die Wohnung zu tauschen. Hier will sie nicht mehr bleiben. Auch ist die Wohnung jetzt zu teuer. Marie muß sich einschränken, es geht nicht anders.

Als schließlich die Kinder im Hause schon der kleinen Trude auf der Treppe zurufen: „Dein Vater hat jeklaut! Dein Oller is in Mojabit!“, und man auf Marias Beschwerden ihr nur antwortet: „Na, aber det stimmt doch!“, steht Marias Entschluß fest: So schnell als möglich aus diesem Hause! Gleichgültig wohin! Und dann neue Arbeit, soviel Arbeit, als es nur geben kann! Und dann Zähne zusammen und Kopf hoch! Marie wird es schaffen! Sie wird arbeiten und arbeiten. Arbeit, das ist gut, das ist Rettung. Und Geld. Und vielleicht wieder Sparen! — Marie lächelt wieder. Trotzallem!

Nach vielem Hin- und Herrennen, Ansehen und Handeln findet sich endlich etwas: Zwar nur zwei kleine, dunkle, feuchte Stuben, aus den Fenstern Blick in schmutzgraue, schmalgähende Tiefe, von trostlosen, farblos zerbröckelnden Lichtwänden umstellt, oben zerfressene, geschwärzte Brand-

mauern und Kamine, wie Zahnstummeln in altersschwach der Handvoll Sonne zu geöffnetem Munde. Neben diesen erbärmlichen „Stuben“ ein armseliger, licht- und luftarmer Verschlag, der sich „Küche“ nennt. Aber: diese „Wohnung“ kostet auch nur vierundzwanzig Mark im Monat, das sind in der Woche sechs Mark. Das ist eine große Erleichterung für Marie, die aufatmet und glücklich ist, diese Tauschwohnung gefunden zu haben. Damit aber ist auch der „Notgroschen“ verschwunden.

Der Umzug kostet Geld. Wie ist das zu beschaffen? Die zwanzig Mark, die bei der Büroreinigung herauspringen, reichen gerade dazu, die Kinder und sie selbst satt zu machen; denn auch Marie muß essen, sie muß ja auch arbeiten, viel arbeiten, demnächst ungeheuerlich arbeiten, und dafür muß sie kräftig sein und stark. So bleibt nur eins: (Marie will sich nicht an Trude oder an die alte Dienstgeberin wenden, die sicherlich gern helfen würden; aber Schuldenmachen ist Marie verhaßt und entehrend!) Das Wohnzimmer, mit sauer erspartem und der Arbeit dreier Jahre erworben, das Wohnzimmer, Stolz und Bestätigung ehrlich und mühsam geführten Daseinskampfes, Quittung und Erfüllung, muß verkauft werden. Marie erfährt, daß auch Wertvollstes, wenn es verkauft werden muß, wenig wert ist und nichts als Plunder, den rohe Händlerhände schachernd entblößen. Aber das Geld, das man ihr schließlich doch dafür bewilligt, reicht, den Umzug zu bewerkstelligen und auch noch etwas übrig zu behalten. Neue eiserne Munition für den nächsten Kampf, wieder ein „Notgroschen“!

Marie kann nun daran gehen, wiederaufzubauen. Marie will es und wird es. Marie kümmert sich nicht darum, daß der lächerliche Traum der fünf Jahre, an deren Ende die kleine Restauration stehen sollte, ausgeträumt ist. Auch nicht darum, daß sie aus dem Hinterhaus in das Vorderhaus wechseln wollte.

Sie ist tief tiefer gesunken, sie ist tiefer gesunken, aus dem soliden Mittelstandsquartier der kleinen Leute in das schwankende Elendsrevier des gehetzten Proletariats. Marie, die vor Jahren noch darüber entsetzt gewesen wäre, bleibt jetzt von Erregung darüber unberührt. Sie kümmert sich nicht um starre Formeln und landläufiges „Klassenbewußtsein“, sie kennt nur ein Klassenbewußtsein: das Klassenbewußtsein der kämpfenden Mütter. Hiermit steht sie und fällt sie. Und sie will stehen bleiben, wieder gehen lernen, vorwärtskommen.

Sie geht auf Arbeitssuche. Das ist einfach gesagt. Aber kann

man es sagen, wie schwer das ist? Kaum! Diese Stadt ist groß, ein Ungeheuer an Größe. Sie braucht eine Riesensumme Arbeitskraft, braucht sie und verbraucht sie, um leben zu können.

Aber wo? Wo in diesem Augenblick? Das ist das schlimmste Kreuzwörterrätsel, Marie will es lösen, aber es scheint unmöglich. Marie erfährt jetzt, daß Hunderttausende durch die Straßen dieser Stadt hetzen, Kopfgänger auf Arbeitsjagd. Jäger, immer auf dem Anstand, Jäger, mit allen Wassern gewaschen und spürsicherer als preisgekrönte Hunde. Mit denen muß Marie jetzt kämpfen.

Arbeitsnachweis? Ein schönes Wort, ein sehr schöner Begriff, aber mehr auch nicht. Das heißt nur: Hören, Wettlauf, Ankommen und Enttäuschung. Es war immer schon ein anderer vorher da, hatte schnellere Beine oder schönere Augen. Ein Pappschild: „Stelle vergeben! Nachfrage zwecklos!“ Türen, die zuknallen, Nachrufe, die beleidigend sind.

Oh ja, Marie erfährt jetzt so manches. Nicht nur die Viertel-million, die erwerbslos ist, nicht nur die drei Firmen, die hier jeden Tag krachen und hundert Menschen auf die Straße setzen; auch dies: daß Arbeitsmarkt wie ein Schlachtviehmarkt ist, Händler stehen da herum oder umkreisen und betasten und bedrücken, der eine liebt „Fett“ und der „Mager“, und das Jungvieh ist am geschätztesten.

Marie wird klug, sehr klug, geschickt und gerissen; weiß sie doch, um was es geht. Ihre Beine können schnell sein, bald schneller als die der anderen. Und sie kann auch schöne Augen machen — denn: zu Hause hungern die Kinder. Längst schon sagt Marie nichts mehr vom Elend ihres Mannes. Sie lügt. Ihr Mann ist Fabrikarbeiter, hat eine gute Stelle, sie will nur etwas mitverdienen weil sie soviel Zeit hat. Marie erfährt, daß dies mehr zieht, als Elendbeichte und Rührseligkeit, daß Appell an Mitleid Konkursantrag ist, daß Gehobenscheitern Vertrauen erweckt und „Na wenn nicht, denn nicht!“ imponiert, daß man mit dieser Lüge vorwärtskommen und Glück haben kann.

Und Marie hat Glück!

Resultat: zwei kleine Büroreinigungen zu je zehn Mark die Woche; eine Aufwartestelle über Mittag, wo es Essen gibt, täglich drei Stunden zu je sechzig Pfennig, an fünf Tagen in der Woche, das macht neun Mark; dann eine große Wäsche an jedem Freitag, die fünf Mark einbringt, und dazu noch die alte Büroreinigung in Gerds Werk mit zwanzig Mark. Marie, die es nun geschafft hat, sitzt und rechnet, rechnet und kalkuliert.

Das sind zusammen täglich mindestens acht Stunden, an den Freitagen noch mehr. Wie wird sie das schaffen? Mit den Kindern zu Hause? Mit der Sorge für die eigene Wirtschaft? Marie rechnet und rechnet und grübelt und denkt nach. Sie wird es schon schaffen, sie muß es schaffen. Sie wird eben um vier Uhr schon aufstehen, dann geht es, dann hat sie am Tage Zeit für die Kinder und für die Wohnung. Ja, so muß es gehen. Sie muß es schaffen. Denn: Das sind dann zusammen 54 Mark in der Woche, davon gehen das Straßenbahnabonnement und die Steuern und die anderen Abzüge ab, dann bleiben immer noch rund 38 Mark wie früher übrig. So wird es gehen: Die Miete macht sechs Mark, alles andere kann für das Leben sein. Damit werden sie es gut schaffen! Brauchen nicht zu hungern, werden aber auch nicht dick dabei. Aber das wollen sie ja auch nicht, sie wollen nur leben, leben, vorwärtskommen und wieder bald obenauf sein.

Zum erstenmal wieder lächelt Marie glücklich vor sich hin. Kocht sich zum erstenmal wieder eine Tasse Bohnenkaffee und holt für die Kinder Milch und Kakao, und für jedes von ihnen aus der Bäckerei ein Stück Blechkuchen, ein billiges Stück Kuchen mit Zuckerguß und Rosinen, aber eine Welt voll Erfüllung. Die Quittung für Marie, daß sie es geschafft hat.

Auch an Fritz kann sie jetzt wieder denken. Er ist noch immer im Untersuchungsgefängnis. Sie packt ihm nun öfters kleine Päckchen mit EB- und Rauchwaren, die sie für ihn abgibt. Er hat sie in seinen Briefen gebeten, ihn vorläufig nicht zu besuchen. Er schämt sich vor ihr, für deren jähen Absturz und schlimmen Kampf er sich schuldig spricht.

Er kann aus ihren darüber an sich schweigsamen Briefen lesen, wie schlimm sie gekämpft haben muß, um es wieder zu schaffen. Marie, die ihn immer noch liebt — nur das hat sich gewandelt: ihre Liebe ist nicht mehr weiblich, eher mütterlich —, will ihn schonen. So findet sie sich damit ab, ihn nun für längere Zeit nicht mehr zu sehen.

Marie schuffet. Fritz ist in der Strafanstalt. Von dort aus schreibt er. Wöchentlich einmal. Seine Briefe sind dürr, inhaltslos, müde. Nur einmal flackert seltsame Erregung durch die Zeilen, schreien verkrampte Worte Qual der Krise, spricht er von seinem „verfluchten Koller, wie ein Waschapparat zu fallen und ohne Überlegung andere und mich hineinzuzeihen“, das müsse nun anders werden, er habe seine „Lehre weg“, und daran werde er nun immer denken. In jedem Brief aber bittet er auch inständig Marie, ihn nicht zu besuchen. „Hier nicht, Marie! Ich will das nicht! Und anderswo geht es ja nicht.“

Das ist quälend für Marie. Konnte sie seine Bitte in der ersten Zeit der Untersuchungshaft verstehen, so kann sie es jetzt nicht mehr. Warum will er das nicht? Was hat er ihr noch zu verbergen? Ist er ihr doch bis in sein Innerstes hinein offenbar und kein Geheimnis mehr! Und will sie ihn doch wiedersehen! Da ist ein ihr selbst unbegreifliches Sich-zu-dem-Mann-Hinwünschen, eine unklare Sehnsucht, die manchmal jäh aufflackert und dann plötzlich in hellen Flammen sie durchschießt, um wehzutun und nur langsam zu verlöschen.

Marie hat sich für zwei Stunden wieder freimachen können. Sie bringt wieder ein Päckchen hinaus nach Plätzensee, in das große Haus mit den roten Mauern, über die man an einer Stelle jenseits der Straße einen Blick erhaschen kann auf einen schmalen Fensterspalt, der vermauert und vergittert ist.

Das nimmt Zeit fort, die Fahrt hinaus, viel kostbare Zeit, die Geld ist. Aber Marie freut sich immer, wenn sie es sich leisten kann.

Die Fahrt scheint endlos. Die Stadtbahn fährt so langsam. Noch immer Mietskasernen und Familienhäuser, jetzt schon Vorstadtstraßen und Peripherie: Fabriken, Gasometer, Schutt- und Abfallplätze, Kräne, Lauben. Die Straßenbahn scheint zu kriechen. Marie wird ungeduldig. Endlich steigt er drüben vor der armseligen Kiefernkulisse hoch: Der rote Wall, der die vergitterten Fenster umzäunt. Marie springt hastig ab, eilt keuchend und in Unruhe, das Päckchen fest an die Brust gedrückt.

Als sie das Päckchen im Büro abgegeben hat, bittet sie darum, den Anstaltsdirektor sprechen zu dürfen. Das ist ein immer freundlicher Mann, zu dem Marie Vertrauen hat; er hat eine gute, warme Stimme, die wohl tut, und hinter den scharfen Brillengläsern kluge, tief forschende Augen, die viel sehen und viel verstehen gelernt haben. Marie wird zu ihm gerufen.

Marie ist verlegen und findet nicht recht die Worte für ihre sonderbare Bitte. Er, der die Bitten kennt, die zu ihm kommen, ahnt und hilft ihr.

Ja, sie will Fritz wiedersehen und mit ihm sprechen, ihm sagen, daß sie alles begriffen hat, und daß nichts zwischen ihnen stehen soll. Sie will ihm erzählen, wie sie es geschafft hat und daß sie wieder spart und daß alles wieder gut werden wird. Der Direktor soll ihr dazu verhelfen. Sie zeigt ihm die Briefe von Fritz, in denen er sie immer wieder bittet, ihn nicht zu besuchen. Sie fragt ihn, warum Fritz das tut.

(Wird fortgesetzt.)



# Verbandsleben



## Eine Kluft droht!

### Wie die Kluft überbrücken?

In der Nummer 33 unserer Zeitung ist der wichtige Artikel „Eine Kluft droht“ erschienen. Darin hat der Verfasser sicher mit großem Verständnis die erschütternde materielle und seelische Not der erwerbslosen Arbeiter aufgezeigt. Der Verfasser wies besonders auf das beziehungsreiche und gefährdende Verhältnis der noch arbeitenden und der seit langem aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Proletarier hin. Eine Gefahr sieht der Verfasser darin, daß durch die lange Ausschaltung aus dem Produktionsprozeß sich in den betroffenen Arbeitern das Bewußtsein herausbildet, kaum jemals wieder in den Betrieb zu gelangen. Aus dieser begreiflichen Vorstellung entwickeln sich vielerlei Gefühle der Mißgunst und der Verbitterung gegen die noch arbeitenden Kollegen. Ebenso ergebe sich daraus eine gewisse gewerkschaftliche und politische Teilnahmslosigkeit an den Lohn- und Kampfbedingungen der noch im Betrieb stehenden Arbeiterschaft.

Um diesen ungesunden Erscheinungen, die für die Gesamtheit der Arbeiterschaft höchst verhängnisvoll werden könnten, wirksam entgegenzuarbeiten, führt der Verfasser des genannten Aufsatzes einige Mittel an, die nach seiner Meinung dazu beitragen können, die drohende menschliche und politische Zermürbung unter den Dauererwerbslosen aufzuhalten. Außer der finanziellen Hilfe, die der Verband an seine Mitglieder leistet, sieht der Verfasser in der solidarischen Vertiefung des gewerkschaftlichen Lebens und in der menschlichen und in der familiären Verbundenheit mit den von der Krise besonders betroffenen Kollegen eine weitere Möglichkeit, auf das niederdrückende Dauererwerbslosendasein lindernd zu wirken.

Es ist höchst interessant, daß in dem fraglichen Aufsatz menschlich mitfühlend und mit einer fast erstaunlichen Hartnäckigkeit nach ganz konkreten Mitteln gesucht wird, die organisatorische Schlagkraft der Arbeiterschaft wenigstens zu stabilisieren. Dem Verfasser liegt es aus begreiflichen Gründen daran, die von der Krise schwer heimgesuchten Kollegen materiell und seelisch zu stützen. Aber er ist sich sicher auch klar, daß eine solche wirkliche solidarische Unterstützung nach den finanziellen, organisatorischen und politischen Gegebenheiten äußerst begrenzt sein kann.

Der klassenbewußte Arbeiter wird den solidarischen Willen, der aus den sorgenden Bemühungen der Gewerkschaftsleitung spricht, tiefe Achtung zollen; aber er wird auch überzeugt sein, daß es sich bei der Suche um konkrete Hilfe für die Hunderttausende, ja die Millionen Erwerbslosen in einer nie dagewesenen Gesellschaftskrise sich eben doch nur um eine kleinbürgerliche Lösung handeln kann.

Die Gewerkschaft spricht aus einer ganz bestimmten Sphäre zu dem organisierten Arbeiter. Die gewerkschaftliche Organisation ist ein unschätzbare Faktor im Leben des betreffenden Arbeiters. Aber ihn umfaßt nicht nur das kleine Teilgebiet der gewerkschaftlichen Praxis, sondern im Leben des organisierten Arbeiters spiegelt sich mehr oder minder stark und eindringlich das gewaltige gegenwärtige Spannungsverhältnis der Wirtschaft, der Politik und der „Kultur“ in der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Tatsache wird bedeutend vertieft durch die vielfach begründete Überzeugung, daß es sich bei dieser Krise, die die ganze Arbeiterschaft in schwerster Erschütterung versetzt, um eine Krise von grundstürzendem Charakter handelt. Ein Ende dieses trostlosen Zustandes des Kapitalismus ist vorerst nicht abzusehen.

Darüber herrscht volle Einmütigkeit, daß durch die Organisation alles versucht werden muß, um das lebendige Vertrauen zu den Arbeitern aufrecht zu erhalten und zu steigern. Aber die organisierten Dauererwerbslosen und Kurzarbeiter, deren dürftiges Dasein durch die düsteren Vorahnungen noch mehr überschattet wird, sind auf die Dauer nicht nur mit solidarischen Ratschlägen und mit tropfenweiser Hilfeleistung zu befriedigen. Geknechtetes Proletarierleben kennt in seinem notdürftigen Triebe keine Befolgung weiser Ermahnungen. Es bricht elementar und sinnlos aus, selbst wenn das starke Band des Klassenbewußtseins tief verwurzelt war. Die Sprache der proletarischen Elendwirklichkeit ist wichtiger als alles Gerede darüber. Sie weist dem ansprechenden Willen haltlos gewordenen Arbeiter den Weg über alle solidarischen Gesetze der Klasse. Die drohende Kluft kleinlicher Verfeindungen und der inneren Haltlosigkeit in der Arbeiterschaft kann und muß geschlossen werden.

Die kapitalistischen Krisen enthüllen die brutalsten Züge der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Proletarier erhalten die qualvolle und opferreiche Lehre, daß zur Beseitigung aller Krisen und damit aller materiellen und seelischen Pein die kapitalistische Wirtschaft von der Arbeiterklasse kraftvoll an der Wurzel gefaßt werden muß. Dieses befreiende Gefühl mußte von der gewerkschaftlichen Organisation noch mehr in die Herzen und Hirne der Arbeiter gesenkt werden. Aber nicht nur propagandistisch, sondern die ganze politische Praxis der Gewerkschaft und der Partei hätte diesem umfassenden revolutionären Willen der Arbeiterklasse sichtbaren Ausdruck zu geben. Man kann nicht sagen, daß die proletarischen Klassenenergien heute unter den Arbeitern besonders gefördert wurden. So empfinden wir ausgesteuerten organisierten Arbeiter das wenigstens.

Um noch einmal zusammenzufassen: Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen unter dem niederdrückenden Eindruck dieser gewaltigen Krise auf die erwerbslosen und noch beschäftigten Arbeiter und die

innerliche Verbundenheit dauernd bemüht sein. Das solidarische Band kann aber erst wirksam und in sich gefestigt werden, wenn neben den selbstverständlichen finanziellen und sonstigen Leistungen auch jenes echte revolutionäre Bewußtsein mit den leidenden Massen gepflegt und durch die gewerkschaftliche Praxis in allen Äußerungen auch bewiesen wird.

So lautet die Devise: Weniger Suchen und Kopferbrechen um lindernde Mittel inmitten kapitalistischen Zusammenbruchs, aber um so mehr fühlbare Kräftigung der sozialistischen revolutionären Bewegung, die aus ihrer langen schmerzhaften Drangsal doch berufen ist, den Krankheitsreger Kapitalismus mit hellem, organisiertem Klassenbewußtsein auszurotten.

Ludwig Kohl.

### Fünfeinhalb Jahre arbeitslos

In der Nr. 33 der MZ habe ich gelesen, daß man versuchen soll, die Lage der langjährig erwerbslosen Kollegen zu erleichtern. Man hätte da schon längst mehr machen sollen. Mit Verzweiflung ist da nichts mehr zu machen. Gewiß wird in unserer Verbandszeitung die Lage der arbeitslosen Kollegen treffend geschildert. Aber dazu muß wirkliche Hilfe kommen. Die ist bitter nötig. Man sollte jeden einmal in die Lage eines Arbeitslosen versetzen, damit er weiß, was Not ist. Am 31. August beginnt in Frankfurt der Gewerkschaftskongreß. Auch da sollte es eine gründliche Aussprache darüber geben, was mit den lang arbeitslosen Mitgliedern zu geschehen hat.

Ich bin 62 Jahre alt, verheiratet, gelernter Former, habe 40 Jahre in dem Beruf geschafft und mir ein Ischiasleiden zugezogen. Infolgedessen mußte ich 1925 den Beruf aufgeben. Bin vom Arzt 50 vH arbeitsunfähig, nur noch für leichtere Arbeiten verwendbar, geschrieben worden. Überall, wo man hinkommt, heißt es: Zu alt! In dieser Zeit bekomme ich 15 M die Woche, die Miete, 20 M den Monat, bezahlt die Stadt. 5 1/2 Jahre erwerbslos ist einfach nicht mehr zu ertragen. Ich bin bald nicht mehr imstande, daß ich 40 Pf. Wochenbeitrag bezahlen kann. Was ich aber gerne möchte; denn ich bin 22 Jahre Mitglied des DMV. Als Mitglied des DMV stehen mir wenigstens die Spalten der Metallarbeiter-Zeitung offen, um meine Not und meine Meinung dazu zu sagen. Leider haben wir viele Mitglieder, die den großen Fehler machen, ihr Verbandsbuch wegzuerwerfen, anstatt daß sie sich an euch wenden, wenn sie etwas dem Herzen haben.

G. E., Ravensburg.

### Die Geselligkeit mehr pflegen

Zu diesem Aufsatz in Nr. 33 der Verbandszeitung möchte ich einige Zeilen folgen lassen: In diesem Aufsatz wird über mangelhaftes Verbundensein zwischen den beschäftigten und unbeschäftigten Kollegen geklagt. Für mich steht fest, daß dieses Verbundensein nur deshalb schwindet, weil beide Kollegengruppen von der Gewerkschaft viel zu wenig zusammengeführt werden. Wenn dies durch Versammlungen zu wenig erzielt wird, warum versucht man es nicht auf andere Weise? Wir haben alljährlich die schönen Jubilareien, die (wie ja immer unsere Verbandszeitung berichtet) stark besucht sind und harmonisch verlaufen. Muß es denn aber immer eine Jubilareie sein?

Eine jede Zusammenarbeit blüht und gedeiht am besten, und Mitglieder und Leitung fühlen sich am besten verbunden durch Pflege der Geselligkeit. Auch bei der Gewerkschaft muß die Geselligkeit mehr gepflegt werden. Nicht nur in Versammlungen, wo wir immer um den Lohn hadern müssen, wollen wir uns zusammenfinden, nein, auch gesellig wollen wir beisammensein, um diesen ewigen Kampf wenigstens für ein paar Stunden zu vergessen. Eine jede Ortsverwaltung hat schöne Ausflugsorte. Wenn für den Ausflug die Einladung von der Gewerkschaft erfolgt und die Mitglieder mit ihrer Familie teilnehmen, kommt Mitglied zu Mitglied und Familie zu Familie. Sie fühlen sich verbunden, ob beschäftigt oder unbeschäftigt, und auch mit dem Veranstalter, mit der Gewerkschaft.

Mancher Kollege wird mir vielleicht sagen: Wo soll das Geld herkommen für solche Veranstaltungen oder Ausflüge? Ich sage, daß diese Kosten ganz gering sind oder gar keine Unkosten entstehen. Bei all diesen Gelegenheiten kann immer wieder in kurzen Worten darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, daß wir gerade jetzt gegenseitig verbunden bleiben müssen, um in unserem Existenzkampf stark zu sein. Wenn in letzter Zeit bei uns das Gefühl des Verbundenseins stark geschwunden ist, so kann ich unserem Erweiterten Beirat den Vorwurf nicht ersparen, daß er einen Teil der Schuld mitträgt. Viele erwerbslose Mitglieder haben trotz drei- bis vierjähriger Erwerbslosigkeit wöchentlich das Opfer gebracht und haben ihren vollen Beitrag gezahlt, um nach der Aussteuerung immer wieder in den Genuß der Unterstützungssätze zu kommen, wenn sie den Beitrag wieder 52 Wochen geleistet hatten. Jetzt, wo der Beirat den Beschluß herbeiführte, die Unterstützungssätze in Höhe und Dauer zu kürzen, hat sich bei diesen noch zahlenden erwerbslosen Mitgliedern das Verbundensein mit dem Verbands gelockert. Wir wollen anerkennen, daß die wirtschaftliche Not auch ganz gewaltig auf unsere Verbandskasse drückt; aber bei etwas gutem Willen und schließlich Sparmaßnahmen auf einer anderen Seite hätte man, wie ich meine, eine Kürzung in Höhe und Dauer vermeiden können.

Franz Dahlheimer.

### Jubilareie in Rostock

Unsere Verwaltungsstelle in Rostock, die am 1. August 1891 mit etwa 100 Mitgliedern gegründet wurde, ist eine der ältesten des Verbandes. Ihre Mitgliederzahl ging bis zum Jahre 1918 auf 3400 an, sank die letzten Jahre infolge der außerordentlich schweren Krise in Rostock erheblich. Die Kollegenschaft ist überzeugt, bei etwas besserer Konjunktur die alte Stärke bald wieder erlangen zu haben. In ihrer Mitte befinden sich noch vier Kollegen, nämlich Karl Stade, Hermann Döbel, Ernst Scholz und Theodor Thielke, die über 40 Jahre dem Verbands angehören. Bei 39 Mitgliedern jährt sich jetzt die Mitgliedschaft zum 25. Male. Ihrer wurde bei dem 40-jährigen Stiftungsfest gleichzeitig gedacht. Nach Musikstücken und Gesang begrüßte die Festversammlung der Belegschaft, Kollege Martin Müller. Sodann sprach Kollege Handke vom Vorstand über die Gründung und Entwicklung des Verbandes. Auch der Frauen der Mitglieder wurde ehrend gedacht. Kollege Müller ehrte dann die Jubilare, indem er ihnen als Anerkennung ihrer 25-jährigen Mitgliedschaft ein Ehren-Diplom überreichte. Ein Tanz hielt die Festversammlung noch mehrere Stunden in fröhlicher Stimmung zusammen.

### Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 6. September ist der 57. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. September 1931 fällig.

### An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr der erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung anmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihrer Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

### Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 6828 831, lautend auf den Schlosser Herber Leonhardt, geb. am 17. April 1910 zu Cainsdorf (Bitterfeld).

Mitgliedsbuch Nr. 6804 827, lautend auf den Schlosser Wilhelm Löw, geb. am 16. März 1914 zu Wald (Solingen).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

### Verbandsanzeigen

Mülheim-Ruhr: Lokalgeschenk wird nicht mehr ausgezahlt.  
Swinemünde: Lokalgeschenk an durchreisende Kollegen wird von September ab nicht mehr bezahlt.

Cottbus: Vom 1. September an wird Lokalgeschenk an durchreisende Kollegen nicht mehr ausgezahlt.

Geldern. Lokalgeschenk wird nicht mehr ausgezahlt.

### Von der Volksfürsorge

Die schwere Wirtschaftskrise ist auf die Volksfürsorge nicht ohne Einfluß geblieben. Trotzdem kann sie ihren Versicherten mitteilen, daß das Krisenjahr 1930 die Aufwärtsentwicklung der Versicherungsunternehmens der Arbeiterschaft nicht aufhalten konnte. Im Berichtsjahe stieg die Zahl der Versicherten auf 2,2 Millionen mit einer Versicherungssumme von 880 Millionen Mark. Damit marschiert die Volksfürsorge an der Spitze aller deutschen Lebensversicherungsgesellschaften.

Die Versicherten der Volksfürsorge kommen bekanntlich noch in den Genuß einer besonderen Dividende. In der Volksabteilung beträgt die Dividende 30 vH der gewinnberechtigten Jahresprämie. In den Lebensabteilungen sogar 35 vH. Die Prämieinnahmen der Volksfürsorge betragen im Berichtsjahr 50,43 Millionen Mark. Der Überschuß aus dem Gesamtgeschäft beträgt 13 Millionen Mark. 10 1/2 Millionen gehen als Gewinnanteil an die Versicherten zurück. Außerdem erhalten die Versicherten der Volksversicherung, die im Jahre 1923 ihre Versicherung auf die neue Währung umstellten, aus Gründen der Billigkeit weitere 10 vH ihrer Jahresprämie oder 269 000 Mark zugewiesen. Der gesetzliche Reservefonds erhält 94 000 Mark zugewiesen und dem Fonds für besondere Reserven und dem Kriegsreservefonds werden 1,3 Millionen Mark zugewiesen. Diese Abrechnung legt von der gewaltigen Überlegenheit der Volksfürsorge erneut Zeugnis ab. Dieses musterergültige Unternehmen der Arbeiterschaft ist für alle Zufälle gerüstet und verdient das allergrößte Vertrauen. Jedem Arbeiter ist anzuraten, eine Versicherung bei der Volksfürsorge einzugehen.

### SCHRIFTENSCHAU

Das Leben der Autos. Von Ilja Ehrenburg. Malin Verlag, Berlin (Preis: kart. 3,50 M., Leinen 5,50 M.).

Dieses Buch ist eine Chronik unserer Zeit, von Ehrenburg in eine künstlerische Form gekleidet. Das Symbol unserer Zeit, das Auto, wird von ihm — in einer sehr geistreichen Art — einer „soziologischen“ Analyse unterzogen. An Hand von Zeitungsnotizen, Sitzungsberichten, Gerichtsprotokollen usw. ist es Ehrenburg gelungen, ein Bild des rasenden Kapitalismus zu geben. Das internationale Kapital ist unersättlich; es führt einen erbitterten Kampf um das Auto, Kautschuk, Öl und Benzin. Der Mensch ist Nebensache, das Auto — die Hauptsache. Menschen fallen als Opfer dieses Kampfes, aber wann kümmert sich die Börse um die Menschen? Aktien und Dividenden, das ist der Sinn des Lebens; „die Menschen sind nur Erfindung.“ — Es ist ein ausgezeichnetes Buch, es packt und zwingt zum Nachdenken.

Fünfjahresplan. Von Jugw. Preis 1,75 M. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Für dieses Buch hat Theodor Dan ein Nachwort geschrieben. Es handelt sich um eine vorzügliche in das Wesen und die bisherigen Ergebnisse des russischen Fünfjahresplanes. Die Betrachtungen setzen sich durchweg auf Sowjetamtliches Tatsachenmaterial. Es sind in letzter Zeit viele Schriften über den russischen Fünfjahresplan erschienen, doch ist zu bemerken, daß das vorliegende Buch von Jugow von einem ausgesprochenen Kenner der russischen Verhältnisse verfaßt worden ist und über die Masse der Fünfjahresliteratur weit hinausragt.

Schwangerschaft. Die Not unserer Zeit und die sichere Verhütung der Empfängnis. Ein Ratgeber für Eheleute von Dr. Artur Müller. In dem Büchlein liegt ein Werk vor, das auf dem in Titel genannten Gebiete aufklärend wirken will. Der Verfasser ist ein erfahrener Frauenarzt. Das Büchlein kostet 1,80 M und ist zu beziehen durch Hans Hedewigs Nachf., Curt Ronniger Leipzig C 1, Perthesstr. 10.

# Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 1930

## Mitgliederbewegung

Die das ganze Berichtsjahr hindurch anhaltende Arbeitslosigkeit hat sich auf die Mitgliederbewegung der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften ungünstig ausgewirkt. Die Berichte der einzelnen Verbände lassen jedoch erkennen, daß das Vertrauen der Mitglieder zu ihren Gewerkschaften auch durch die verstärkte Agitation der KPD nicht zu erschüttern war. Durch langjährige Mitgliedschaft erworbene Rechte werden nicht mehr durch Eintritt in fragwürdige Vereinigungen, die ihren Mitgliedern weder im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch in sonstigen Wechselfällen des Lebens erfolgreiche Hilfe leisten können, preisgegeben. Der Mitgliederrückgang ist zum größten Teil auf das Ausscheiden solcher Mitglieder zurückzuführen, die infolge kurzfristiger Mitgliedschaft noch keine statistischen Ansprüche auf Unterstützung und sonstige Vergünstigungen erworben hatten und die daher auf die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft durch Kleben von Erwerbslosenmarken keinen Wert legten. Unter Berücksichtigung der unentwegten Angriffe von rechts und links auf die Gewerkschaften kann im Berichtsjahr kaum eine Abbröckelung, geschweige eine Erschütterung der Gewerkschaftsfront festgestellt werden.

Die Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände ist infolge Verschmelzung mehrerer Verbände und Ausscheidens der Filmgewerkschaft von 35 auf 31 zurückgegangen. Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug Ende 1930 in 13 572 Zweigvereinen 4 717 569 gegen 4 948 209 Ende 1929. Der Rückgang beträgt 233 068, d. h. 4,7 vH.

Verbände	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres 1929	am Ende des Jahres 1930	im Jahresdurchschnitt 1930	
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt	dav. weibl.
Baugewerksbund	489 885	462 428	476 276	429
Bekleidungsarbeiter	76 778	68 581	73 219	34 881
Bergbauindustriearbeiter	198 024	190 855	193 095	320
Buchbinder	58 574	54 795	56 647	31 245
Buchdrucker	88 573	90 389	89 835	—
Dachdecker	11 446	10 380	10 912	—
Eisenbahner	250 683	240 410	248 107	1 600
Fabrikarbeiter	469 532	441 292	465 579	88 739
Friseurgehilfen	4 452	3 952	4 267	696
Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw.	700 173	673 375	682 989	79 809
Graphische Hilfsarbeiter	41 007	38 985	40 173	25 251
Holzarbeiter	315 155	299 924	308 872	19 617
Hotel-Restaurant- und Café-Angestellte	31 492	30 290	31 154	8 565
Hutarbeiter	16 932	16 740	16 961	10 619
Kupferschmiede	7 268	6 778	7 037	—
Landarbeiter	179 626	165 605	161 579	15 091
Lederarbeiter	35 756	34 236	34 968	7 412
Lithographen	24 828	24 787	24 861	34
Maler	60 377	57 894	59 434	199
Maschinisten	52 816	51 836	51 416	30
Melker	12 487	13 000	12 741	183
Metallarbeiter	995 443	940 576	951 270	69 449
Musiker	22 327	19 265	21 033	444
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	179 067	174 469	177 167	32 633
Sattler, Tapezierer und Portefeuller	31 411	28 321	29 898	4 917
Schornsteinfeger	3 073	3 172	3 120	—
Schuhmacher	72 201	65 902	69 010	30 588
Steinarbeiter	67 982	56 635	62 554	365
Tabakarbeiter	74 241	72 543	72 644	56 645
Textilarbeiter	297 061	276 574	288 657	165 217
Zimmerer	109 539	103 678	106 357	—
<b>Zusammen</b>	<b>4 948 209</b>	<b>4 717 569</b>	<b>4 821 832</b>	<b>684 978</b>
1929	—	4 948 209	4 906 228	722 892

Gemessen an der langanhaltenden und stetig steigenden Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr ist der Mitglieder rückgang gering. Mit Ausnahme von drei Verbänden (Buchdrucker, Melker und Schornsteinfeger), die eine geringe Mitgliederzunahme nachweisen konnten, hatten alle Verbände mehr oder weniger starke Verluste. Der Verband der Steinarbeiter hatte mit 16,7 vH den stärksten Mitgliederverlust. Es folgten der Verband der Musiker mit 13,7, der Friseur mit 11,2 und der Bekleidungsarbeiter mit 10,7 vH. Bei den übrigen Verbänden blieb der Rückgang unter 10 vH. Er betrug bei den Sattlern, Tapezierern und Portefeullern 9,8, Dachdeckern 9,3, Schuhmachern 8,7, Landarbeitern 7,8, Textilarbeitern 6,9, Kupferschmieden 6,7, Buchbindern 6,4, Fabrikarbeitern 6,0, Bauarbeitern 5,6, Zimmerern 5,3, Graphischen Hilfsarbeitern 4,9, Holzarbeitern 4,8, Lederarbeitern 4,2, Eisenbahnern 4,1, Malern 4,0, Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten 3,8, Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs 3,8, Bergarbeitern 3,6, Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern 2,6, Metallarbeitern 2,5, Tabakarbeitern 2,3, Maschinisten 1,8, Hutarbeitern 1,1 und bei den Lithographen 0,2 vH.

Bei allen Verbänden, die im Jahre 1929 noch keinen Mitgliederverlust, sondern einen Gewinn hatten, sind die Jahresdurchschnittszahlen bedeutend höher als die Jahresendzahlen. Der Mitgliederbestand bezifferte sich im Jahresdurchschnitt 1930 auf 4 821 832, 1929 auf 4 906 228.

Die Einnahmen der Gewerkschaften gingen um 19,7 Millionen M zurück, während die Ausgaben um 31,3 Millionen M stiegen. Der Durchschnittsbeitrag je Mitglied betrug 43,93 M gegen 47,36 M im Vorjahr. Von den gesamten Ausgaben machten die Unterstützungen mehr als die Hälfte, nämlich 51,2 vH, aus. Im Jahre 1930 wurden für Unterstützungen 123 522 717 M ausgegeben. Damit wurde die Vorjahrssumme um 36,7 Millionen M überstiegen. Der größte Teil der Unterstützungen wurde für soziale Zwecke geleistet. Die Arbeitslosenunterstützung stieg von rund 45 Millionen M 1929 auf 78 Millionen M 1930. Für Krankenunterstützung wurden rund 23 Millionen M benötigt. Die Notfallunterstützung stieg von 3 auf 5 Millionen M und der Posten sonstige Unterstützungen von 409 000 auf 3 Millionen M. Beachtenswert ist die Ausgabenentwicklung der Invalidenunterstützung. 1929 wurde die Summe von 4 278 923 M und 1930 von 8 001 197 M benötigt.

# Was bringt die Funk-Ausstellung

Fülle von Neuem. Im Zeichen der schweren Wirtschaftskrise schien eine so groß aufgebaute Ausstellung ein Wagnis, da aber der Rundfunk heute Allgemeingut geworden ist, wodurch gerade der arbeitenden Bevölkerung auf einem billigen Wege Aufheiterung und Unterhaltung geboten werden kann, muß es begrüßt werden, daß man sich zu dieser Ausstellung entschloß.

Die Erfahrungen, die man von den Auswirkungen der neuen Großsender gesammelt hat, haben dazu geführt, der Selektivität (Trennschärfe) des Gerätes wieder erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, um so mehr, als die Parole „Fernempfang für Alle“, eine berechtigige Forderung Unbemittelter, dazu zwang, billige und trotzdem leistungsfähige Geräte zu entwickeln. Die Funkindustrie hat diese Aufgaben durch neue Konstruktionen sehr gut gelöst, bei denen die Verwendung besserer Spulen- und Kondensator-Materials (Verminderung unliebsamer Dämpfungerscheinungen), Einbau mehrerer Abstimmungs- und Zwischenkreise und besonderer Ausgestaltung der Kopplung, günstig in Erscheinung treten.

Der billige 2-Röhrenempfänger, mit dem man allerdings nicht bedingungslos Fernempfang hat, mußte aus wirtschaftlichen Gründen auch weiterhin entwickelt werden, doch scheinen besonders 3- und 4-Röhrengeräte, die mit mehreren Abstimmkreisen ausgerüstet sind, das Allgemeininteresse in diesem Jahr zu besitzen, weil man eben, nicht zuletzt durch die ungünstige Wellenverteilung, nur mit diesen hochwertigen Geräten bessere Empfangsverhältnisse erzielen kann. Die größeren Geräte sind natürlich entsprechend teurer; sie sind meist mit einer kräftigen Endröhre ausgerüstet, wodurch es möglich ist, mit den kleinsten Antennendrähten vorzügliche Ergebnisse zu erzielen. Sie sind sogar mit Einrichtungen versehen, die den Fading- oder Schwund-Effekt der Sendung unterdrücken; sie sind mit erleuchteten Riesenskalen ausgerüstet und mit Autoskalen, bei denen gleichzeitig der Stationsname auf der Skala erscheint.

Den Batterieempfänger hat man ebenfalls weiter entwickelt. Da nur etwa 60 vH aller Haushalte elektr. Anschluß haben, ist es um so mehr zu begrüßen, daß man auch diese Geräte erheblich verbessert hat. Unter ihnen interessiert besonders der schnur- und steckerlose Empfänger. Im Zusammenhang damit zeigen auch die Firmen, die Anoden und Akkus fabrizieren, brauchbare Neuerungen.

Lautsprecher erscheinen ebenfalls in einer sehr vielseitigen Konstruktion und Gestaltung. Bei aufmerksamer Betrachtung lassen die Modelle erkennen, daß nicht allein das System die Güte des Lautsprechers bestimmt, sondern auch die Form des Gehäuses und die Beschaffenheit des Materials, und weiterhin, daß durchaus nicht nur ein teurer Lautsprecher gut sein muß. Neben dem elektrodynamischen Lautsprecher, der sich als Sieger herauszubilden scheint, werden neue Kelch-Lautsprecher gezeigt, die billiger sind und trotzdem sehr gute Ergebnisse erzielen. Der Effekt liegt hier in einer Strahlmembrane aus Flughaut, die am Rand straff eingespannt ist. Dieser strahl aufgehängte Kelch-Lautsprecher ist ein Schläger der Ausstellung, der durch angenehme Klangfarbe und mächtige Lautstärke auffällt.

Die sich fast täglich verschiebenden Wellenverhältnisse der Europasender, die Leistungssteigerung und das Dazwischen drücken neuer Sender, hat es notwendig gemacht, Zusatzgeräte zu verwenden, also Wellenfilter, die benachbarte Sender, die den eingestellten Sender stören, ausschalten, fernhalten und unterdrücken sollen. Solche Geräte müssen einfach in der Bedienung sein und an das vorhandene Gerät angeschlossen werden können. Ihr Anschluß darf nicht eine fühlbare Dämpfung der Lautstärke mit sich bringen; sie müssen es ermöglichen, mehrere störende Sender gleichzeitig auszuschalten.

Es gibt Radio-Fernschalter, mit denen man den Apparat von einem anderen Zimmer, vom Bett oder sonst einer Stelle aus durch Druck auf einen Klingelknopf ein- und ausschalten kann. Beliebige Fernschaltleitungen können als gewöhnliche Klingelleitungen im Zimmer verlegt werden. Netzregler, die gegen Überspannungen im Lichtnetz verwendet werden, vernichten, zwischen Lichtnetzstecker und Gerät geschaltet, die zu hohe Netzspannung, die den Röhren schädlich ist und ihre Lebensdauer verkürzt. Besondere Bedeutung gewinnen diese Geräte bei Anschluß an das Überlandnetz, bei dessen weitverzweigten Stromnetzen eine gleichmäßige Spannung nicht zu halten ist. Die örtlichen Lichtnetze sind von solchen Überspannungen meist frei.

Selbsttätige Heimklader (für Wechselstromnetze) zum Aufladen des Akkus sind weiter entwickelt worden, da ja Batterieempfänger weiterhin verwendet werden. Auch für die unangenehmen Begleiterscheinungen eines Umzuges, wo man plötzlich von einem Gleichstromnetz an ein Wechselstromnetz angeschlossen wird, hat man Zusatzgeräte hergestellt. Der Empfänger ist bekanntlich für eine bestimmte Stromart gebaut, für die er nur verwendbar ist. Er wäre also ohne kostspielige Umbauten für eine andere Stromart nicht zu verwenden. Hier hilft ein Vorsatz-Wechselstrom-Gleichrichter, der den Netz-Gleichstrom in Wechselstrom umformt.

Kleine Kondensatoren in Form eines Bananensteckers, Antennenverkürzer, die in die vorhandene Antenne geschaltet werden, um diese für besseren Nacht Empfang beliebig zu kürzen, Silberdrahtantennen und eine neue Klangfilter-Antenne, durch die überlagerte Sender schon in der Antenne getrennt werden, erscheinen als neue Artikel.

Der Bastler beherrscht auch heute noch das Radiogebiet. Oft sind ja die vom Bastler herausgebrachten Geräte Spitzenleistungen, die der Industrie wichtige Fingerzeige geben. Hier ist nicht Gelderwerb die Triebfeder, sondern Liebe zur Sache, die jeden Fortschritt der Technik aufgreift und oft sehr wesentlich fördert. Deshalb zeigt auch dieses Gebiet eine große Auswahl aller nur denkbaren Einzelteile.

Man sieht einen neuen Hammer „Nagelfix“, mit dem man jeden Nagel, jede Stecknadel in Holz und blechbeschlagenes Material ohne Hammerschlag sicher und fest eintreiben kann. Die Nägel werden automatisch festgehalten, bis ein kurzer, kräftiger Druck auf das Werkzeug den Nagel geräuschlos an der gewünschten Stelle kitzelnd und sauber eingedrückt hat.

Verschiedene neue Lötmittel werben um die Gunst des Bastlers. Es wird ein Kaltlötmittel angeboten, bei dem die Lötmasse aus einer Tube auf die Lötstelle angetragen wird, wodurch ohne Lötwaasser und Kolben nach 10-15 Minuten die Lötstelle fix und fertig ist, und zwar eine Lötstelle, die man feilen und nachschmirgeln kann, die koch- und feuerfest, gift- und säurefrei ist. Man findet neue Lötdrähte, bei denen man mit einer ganz einfachen Flamme oder einem angewärmten Stück Eisen die Lötstelle herstellt, und die dadurch auch für den Haushalt Bedeutung gewinnen.

Zum zweitenmal auf der Funkausstellung erscheinen Sprechapparate und Schallplatten, die Phonoschau, auf dem Platze. Vom kleinen Kofferapparat bis zum kombinierten Gerät für Radio - Schallplatte - Piano - sieht man viele preiswerte Neuerungen. Interessant sind auch hier die Bemühungen, klare, reine Musik zu erreichen, wozu neuerdings Graphitnadeln und Nadelgeräuschfilter dienen, die 80 vH der störenden Geräusche ohne Beeinträchtigung des Klangbildes beseitigen sollen.

Neu ist die von der AEG gezeigte Einrichtung für Aufnahme und Wiedergabe von Schallplatten im eigenen Heim. Mit dieser Amateureinrichtung, der Radioanlage und einem Laufwerk wird eine vor dem eigenen Lautsprecher gehaltene Rede auf eine Aluminiumplatte aufgezeichnet. Die im Heim eben besprochene Platte kann sofort nach der Aufnahme wieder abgehört werden, oder auch zum Abhören an anderer Stelle im Briefumschlag versandt werden. Es werden also außer der Aufnahmeeinrichtung ein Empfangsgerät, ein Lautsprecher und eine Sprechmaschine benötigt, um jede beliebige Platte zu besprechen, sei es mit Festreden, Glückwünschen, Grüßen, Liedern usw., die mit ihrer natürlichen Wiedergabe viel Freude machen.

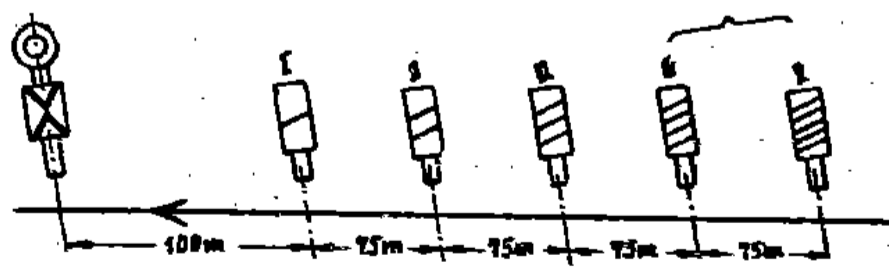
Auch auf dem Gebiet des Fernsehens hat man weiter gute Fortschritte gemacht. Neben der bisher verwendeten Braunschweig Röhre wird eine Spiegelschraube gezeigt. Dieses Gebiet ist aber aus dem Stadium der Experimente noch nicht heraus; eine praktische Bedeutung haben also diese Apparate heute noch nicht, weil sie in dieser Art für den praktischen Gebrauch noch nicht geeignet sind und viel zu teuer sein würden. Dem Fernsehen schon praktische Bedeutung beizumessen, ist reichlich verfrüht.

Die Funkindustrie hat mit dieser Ausstellung gezeigt, daß es möglich ist, sich nach den Wünschen des Kunden zu richten. Hoffen wir, daß den Wünschen und Zielen der werktätigen Bevölkerung, die ja die Masse der Hörer darstellt, auch der Rundfunk selbst mehr als bisher entgegenkommt und sich bemüht, das Denken und Fühlen des werktätigen Menschen zu verstehen, um ihm die Erholung und Entspannung zu bieten, die er haben will, und die er, der am meisten unter der Not unserer Zeit leidet, auch braucht! Ing. Sennwitz.

# Erhöhte Streckensicherheit bei der Reichsbahn

Das sicherste Verkehrsmittel bildet immer noch die Eisenbahn. Die Betriebssicherheit der Deutschen Reichsbahn, so besagt die letzte Feststellung der Unfallstatistik, ist an erster Stelle führend unter den größten Eisenbahnen der Welt. Im nachstehenden sollen nur die Vorrichtungen berücksichtigt werden, soweit sie für den Bahnbetrieb mit seinem Gleis interessieren, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der neuzeitlichen Verbesserungen zur Verhinderung des Überfahrens von Haltsignalen.

Neben der früher üblichen telegraphischen Zugfolgemeldung sind heute Blockeinrichtungen in Verbindung mit zwangsläufigen Signalen bzw. Weichen für die Regelung des Zugverkehrs gebräuchlich. Fährt ein Zug in eine Blockstrecke ein, so wird das Signal nach Passieren des Zuges am Anfang dieser Strecke wieder in die Haltstellung gebracht, d. h. das Einfahrtssignal wird mittels Tastensperre unter elektrischen Verschluss gebracht und



bleibt gesperrt, bis der Zug die Blockstrecke verlassen hat. Die Aufhebung des Verschlusses geschieht durch einen am Gleis montierten Schienenstromschließer, also vollständig selbsttätig. Kein Zug darf von einer Zugfolgestelle abgelassen werden oder darf eine solche Stelle durchfahren, ehe nicht der vorausgegangene Zug die nächste Zugfolgestelle passiert hat. Dadurch wird die Zeit der Aufeinanderfolge zweier Züge oder der Raumabstand zweier Züge oder die Anzahl der Blockstrecken zwischen zwei Bahnhöfen bestimmt. Laut Vorschrift dürfen Züge, die eine höhere Geschwindigkeit als 15 Stundenkilometer haben, nur im „Raumabstand“ verkehren. Sollte dennoch auf freier Strecke eine Zusammenstoßmöglichkeit vorhanden sein, so käme einzig und allein, natürlich von Versägern abgesehen, nur die Unachtsamkeit des Lokomotivführers in Betracht. Aber um auch dem früh genug vorzubeugen, haben die Signale eine weitgehende Verbesserung zur Steigerung der Betriebssicherheit erfahren. So sind u. a. die sogenannten „Nebelbaken“ in Anwendung. Wie die Bezeichnung selbst leicht erkennen läßt, ist ihr Hauptzweck, bei nebligem Wetter den Lokomotivführer auf das Herannahen eines Vorsignales aufmerksam zu machen. Letzteres dient lediglich wiederum als Warnung für das im Bremsabstand folgende Hauptsignal. Die Formsignale (u. a. auch „Nebelbaken“) sollen

neuerdings durch rot, grün und gelb leuchtende Lichttagessignale wegen ihrer größeren Zuverlässigkeit ersetzt werden.

Trotz der verschiedenen Warnungsvorrichtungen werden Halte-Hauptsignale immer wieder überfahren. Unter den neuesten Versuchsergebnissen zur Vermeidung des Überfahrens von Haltsignalen sind drei Lösungen besonders erwähnenswert: 1. die mechanische und elektro-mechanische, 2. die elektroinduktive, 3. die optisch-elektrische.

Zu 1: Die Betätigung erfolgt durch Hebelübersetzung, diese wird weiter mechanisch oder elektrisch übertragen mit der Endwirkung der Beeinflussung des Notbremsventils. Neben dem Gleis ist eine Fahrsperrle als Kippstange ausgebildet. Für Schnellzugstrecken ist die von Braamsche Bauart so ausgebildet, daß der Anschlaghebel an der Lokomotive bei Haltstellung des Signals auf zwei im Gleis montierte Auflaufschienen anschlägt, wodurch ein Bremsen hervorgerufen wird. In Freifahrtstellung verschieben sich die Auflaufschienen derart, daß eine Einwirkung auf das Notbremsventil nicht erfolgen kann.

Zu 2: Hier befindet sich an der Außenseite von Lokomotive oder Tender ein Elektromagnet, der mit Wechselstrom gespeist wird. Überfährt die Lokomotive einen seitlich der Schiene angebrachten ortsfesten Magneten, „Gleismagneten“, so wird der Wechselstrom in der Wicklung des Lokomotivmagneten beeinflusst. Diese Stromänderung benutzt man wiederum, einen Magnetschalter umzusteuern mit der Einwirkung auf das Bremsventil.

Zu 3: Im Gegensatz zu dem vorherbeschriebenen Gleismagneten kommt ein vor dem Haupt- und Vorsignal aufgestellter „Raum-“ oder „Tropfenspiegel“ zur Anwendung. Durch eine auf der Lokomotive befindliche Lichtquelle reagiert bei Haltstellung des Signals der Raumspiegel derart, daß er die von der Lokomotive gesandten Strahlen wieder zurückwirft. Dieses Licht wird auf der Lokomotive auf Selen- oder Photozellen aufgefangen, hierdurch tritt eine Leitfähigkeit derselben ein. Der durchfließende Strom wird verstärkt, wirkt wieder auf einen Magnetschalter mit einer Bremsbeeinflussung des Ventils.

Zu den drei vorstehenden Lösungen sei noch bemerkt, daß die von Braamsche Bauart zur Zugbeeinflussung den Nachteil hat, daß durch die, besonders auf freier Strecke häufig vorkommenden Ausschaltungen der Lokomotivfeuerungs- und sonstigen Verunreinigungen, ihre Zuverlässigkeit beeinträchtigt wird. Soweit die Versuche erkennen lassen, hat es den Anschein, daß der optisch-elektrischen Methode infolge größerer Sicherheit gegenüber den anderen beiden Lösungen wohl der Vorzug gegeben werden wird. Bei allen selbsttätig wirkenden technischen Einrichtungen ist vor Inbetriebnahme eine ausgiebige Erprobung durchzuführen, die bekanntlich durch Einführung derartiger Vorrichtungen die Zuverlässigkeit und Aufmerksamkeit der Beamten ganz zwangsläufig stark geschmälert wird.

